

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

NASA steigt vorerst aus

Die amerikanische Weltraumbehörde NASA sieht sich nach der Explosion der Raumfähre «Challenger» Ende Januar offenbar gezwungen, für die nächste Zeit aus dem Satellitengeschäft auszusteigen. Der amtierende NASA-Chef William Graham schrieb unterrichteten Kreisen zufolge in einem Memorandum an den Direktor des Space-Shuttle-Programms seiner Behörde, Richard Truly, möglicherweise werde ein Jahr vergehen, bis die NASA ihr Raumfahrtprogramm wiederaufnehmen könne. Mit Kunden schon getroffene, aber inzwischen nicht mehr geltende Vereinbarungen über Satellitenstarts, heisst es angeblich in dem vom 7. März datierten Schreiben, sollten nicht erneuert oder verlängert werden.

Wahl von Palmes Nachfolger

In Schweden wird für Mittwoch mit der Wahl des neuen Ministerpräsidenten durch den Reichstag gerechnet. Parlamentspräsident Ingemar Bengtsson unterbreitete am Mittwoch den Abgeordneten offiziell den Vorschlag, Ingvar Carlsson zum Nachfolger des ermordeten sozialdemokratischen Regierungschefs Olof Palme zu wählen. Carlsson, zuvor stellvertretender Ministerpräsident, wurde am Montag zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gewählt. Es gilt als sicher, dass Carlsson im Reichstag ausser den Stimmen der Sozialdemokraten auch die der kleinen Kommunistischen Partei erhalten wird und dass sich die bürgerlichen Parteien der Stimme enthalten werden, um auf diese Weise die Wahl des Palme-Nachfolgers gutzuheissen, ohne der sozialdemokratischen Politik Zustimmung zu bekunden.

Liberaler Partei führt

Am Sieg der Liberalen Partei bei den Parlamentswahlen in Kolumbien schien am Dienstag kein Zweifel mehr zu bestehen. Im Vergleich zu ersten Ergebnissen büsste sie zwar an Stimmen ein, doch lag sie nach Auszählung von 95 Prozent weiterhin in Führung. Letzten Angaben zufolge entfielen auf die Liberale Partei 49 Prozent der Stimmen, während die Konservative Partei des zur Zeit regierenden Präsidenten Belisario Betancur 37,7 Prozent für sich verbuchen konnte.

Volksbefragung in Spanien

Fast 29 Millionen Spanier sind am Mittwoch zu einer Volksbefragung über die weitere Nato-Mitgliedschaft Spaniens aufgerufen. Die sozialistische Regierung von Ministerpräsident Felipe Gonzalez löst damit trotz starker Bedenken im In- und Ausland ein früher gegebenes Wahlversprechen ein. Das Ergebnis der Abstimmung ist völlig ungewiss. Die letzten Meinungsumfragen ergaben einen knappen Vorsprung der Nato-Gegner bei einer noch hohen Zahl von Unentschiedenen.

Fahndungserfolg: Hehler in Triesen verhaftet

(pafi) – Am Samstag, 8. März 1986 wurden in Triesen ein liechtensteinerischer und ein schweizerischer Staatsangehöriger wegen dringenden Verdachts der Hehlerei festgenommen. Zugleich wurden Waren im Wert von rund 250 000 Franken sichergestellt.
Zur Zeit wird die Herkunft der Waren überprüft und abgeklärt, ob die Festgenommenen lediglich als Hehler in Frage kommen oder ob sie unmittelbar bei der Beschaffung der Ware mitgewirkt haben. Eine abschliessende Orientierung kann beim derzeitigen Ermittlungsstand noch nicht erfolgen.



Blick auf die Kohlplatzkreuzung in Eschen, die nach Plänen des Bauamtes neu gestaltet werden soll. Links erkennen wir die Linienführung der Hauptstrasse aus Richtung Mauren. Rechts von der Telefonstange geht es in Richtung Eschner Dorfzentrum. Beschwerden von Anstössern wegen Abweichung der Linienführung vom ursprünglichen Konzept haben zu einem vorübergehenden Baustopp geführt. (Bild: Eddy Risch)

Kohlplatzkreuzung Eschen: Es herrscht Funkstille

Schwierigkeiten mit den Anstössern wegen einseitiger Verbreiterung – Baustopp durch das Bauamt

(hoe) – Die Kohlplatzkreuzung in Eschen, neuralgischer Verkehrsknotenpunkt, wo die beiden grössten Unterländer Gemeinden Eschen und Mauren mit ihren wichtigsten Strassen aufeinanderstossen, ist in den letzten Tagen in die öffentliche Kritik geraten. Nicht etwa, weil dort emsige Betriebsamkeit herrschen würde, nein ganz im Gegenteil, weil dort im Zusammenhang mit der Neugestaltung und Strassenkorrektur samt Verkehrsberuhigender Massnahmen seit Wochen nichts mehr läuft. Diese Stelle ist zu einem Gefahrenherd geworden, an dem sich bereits Unfälle ereigneten, wo Lichtmasten mitten in der Strasse stehen, und wo die Postautos beim Kreuzen fast akrobatische Übungen wie im Zirkus vorführen müssen, um aneinander vorbeizukommen.

Dass hier Funkstille herrscht, geht auf einen sofort verfügbaren Baustopp des Bauamtes zurück, nachdem Anrainer Beschwerde wegen der Linienführung eingereicht hatten. Der Baumeister wartet schon seit drei Wochen, um seine Arbeiten fortsetzen zu können, aber nach der momentanen Situation zu beurteilen, wird das noch eine Weile dauern...

Das Ganze liegt weit zurück. Das Projekt für den Ausbau der Kohlplatzkreuzung datiert aus dem Jahre 1976. Damals erfolgten auch die notwendigen Bodenauflösungen, wobei nur die talseits gelegenen Liegenschaften in das Auslösungsverfahren miteinbezogen worden sind. Heute setzen sich diese wegen Änderung der Linienführung gegenüber dem

ursprünglichen Projekt zur Wehr. Dass es zu Abänderungen der Strassenlinien gekommen ist, beweist auch ein Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 6. März 1985, wo es heisst, dass der Gemeinderat von Eschen dem Vorschlag des «neuen Strassenkonzepts» zugestimmt habe. «Das heute vorliegende Projekt bringt wesentliche Verbesserungen gegenüber dem Projekt aus dem Jahre 1976. Die Strassenführung und der Ausbau des Kreuzungsbereichs mit der vorgesehenen Bepflanzung entspricht dem heutigen Trend. Bei der Weiterbearbeitung sind die vom Gemeinderat genannten Punkte Radfahrweg, Postautohaltestelle, Bepflanzung zu berücksichtigen.

Abwertung der Liegenschaften

Die Fahrbahn wurde gegenüber dem ursprünglichen Projekt modifiziert, d. h. um 75 Zentimeter verengt. Dadurch gewann man die nötige Fläche für das bergseitige Trottoir (Ausmass 2,75 Meter, teilweise bis zu 3 Meter zur Anpflanzung von Bäumen) – und talseits verkleinerte sich der Gehsteig von 1,75 Meter auf 1,50 Meter. Und hier stellen sich die talseits gelegenen Anwohner auf den Standpunkt, dass dies gegen die schriftliche Abmachung und gegen die Auslösungsverträge verstosse, weil der Verkehr durch die neue Linienführung um 25 cm näher an ihre Objekte herankäme. Diese Tatsache empfinden sie als eine Abwertung ihrer Liegenschaften. Das Projekt hätte nach Meinung dieser Bodenbesitzer ausgewogener gestaltet werden müssen.

Einsprache und Baustopp

Und so kam es nach der ersten Strassenkorrektur und nachdem man sah, wie die Strasse in Wirklichkeit verläuft, zur Einsprache und zum verhängten Baustopp durch das Bauamt. Die betroffenen Bodenbesitzer führen weiters an, dass man mit ihnen über die Abänderungspläne der neuen Linienführung nie gesprochen hätte und man sie eigentlich vollendete Tatsachen stellen wollte.

Laut Auskunft von Bauamtsleiter Ing. Hartmann sei das FL Bauamt im Kontakt mit den Besitzern, um in Verhandlungen eine annehmbare Lösung zu finden. Welche Massnahmen konkret ins Auge gefasst werden sollen, wollte uns Ing. Hartmann nicht sagen, um die «ganze Angelegenheit, die ohnehin schwierig sei, nicht noch zusätzlich zu verschärfen», wie er sich sinngemäss ausdrückte. Er geht allerdings davon aus, dass man zu einer gütlichen Einigung kommen wird, und dass die Sanierung Kohlplatzkreuzung Eschen im Frühjahr 1986 abgeschlossen sein könnte.

Ob man in den Verhandlungen mit den Bodenbesitzern den Vorschlag einer möglichen Korrektur am modifizierten Projektvorschlag vornimmt (Verschiebung), oder ob es andere Lösungsmöglichkeiten gibt, wissen wir nicht. Jedenfalls wäre es im Interesse der vielen Verkehrsteilnehmer an diesem Knotenpunkt vor Wichtigkeit, dass der heutige, untragbare Zustand mit vielen Gefahrenquellen so rasch als möglich beendet wird.

Die Zahl der Ausländer hat sich wieder erhöht

Innert Jahresfrist hat sich der Ausländeranteil um 1,5 Prozent erhöht – Mehr Erwerbstätige

Die Überfremdung in unserem Land steigt weiter an. Nach der vom Amt für Volkswirtschaft veröffentlichten Ausländerstatistik (mit Stichtag 31. Dezember 1985) sind insgesamt 9523 (9385) Ausländer bei der Fremdenpolizei gemeldet. Die Zahl der Ausländer hat sich damit innert Jahresfrist um 138 Personen oder um 1,5 Prozent erhöht. Gemessen an der Gesamtbevölkerung beläuft sich der Ausländeranteil nun auf rund 36 Prozent.

Zur ausländischen Wohnbevölkerung werden nur die Jahresaufenthalter und die Niedergelassenen gezählt, nicht jedoch die Saisonarbeiter. Von den 9523 Ausländern, die Ende 1985 in unserem Land gemeldet waren, besaßen 2677 (2850) die Jahresaufenthaltsbewilligung, während 6846 (6535) über die Niederlassungsbewilligung verfügten. Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen hat sich die Zahl der Jahresaufenthalter reduziert, die Zahl der Niederlassungen jedoch zugenommen, was in erster Linie auf die Umwandlung von Aufenthalts- in Niederlassungsbewilligungen zurückzuführen ist.

Fast fünfhundert neue Bewilligungen

Im letzten Jahr wurden an insgesamt

489 Ausländer erstmalige Bewilligungen erteilt. Im Vergleich zu 1984, als nur 404 erstmalige Bewilligungen erteilt wurden, ergibt dies eine erhebliche Steigerung. Der überwiegende Teil, nämlich 340 Personen oder 69,5 Prozent erhielten eine Jahresaufenthaltsbewilligung, im Jahr zuvor waren es 295 Personen gewesen. Die übrigen Bewilligungen verteilen sich auf Saisonarbeiter (73), nichterwerbstätige Angehörige (47), Schüler, Praktikanten und Rentner (29).

Von den 416 Personen, die eine Aufenthaltsbewilligung erhielten, stammen 163 (126) aus Österreich, 122 (106) aus der Schweiz, 52 (30) aus Italien, 13 (5) aus Spanien, 3 (6) aus Jugoslawien sowie 24 (39) aus anderen Staaten.

Mehr Schweizer und Österreicher

Die Zahl der schweizerischen Staatsbürger ist im letzten Jahr auf 4240 (4161) angestiegen, was einem Anteil von 44,5 Prozent des gesamten Ausländerbestandes entspricht. Ebenfalls stieg die Zahl der Österreicher auf 2128 (2072) an, entsprechend einem Anteil von 22,4 Prozent, während die Zahl der Deutschen mit 1087 (1078) und die Zahl der Italiener

mit 896 (896) praktisch stagnierte. Auch der Bestand der Ausländer aus den übrigen Staaten, der gesamthaft einen Anteil von 12,3 Prozent erreicht, hat sich nur unwesentlich verändert.

Zunahme der Erwerbstätigen

Nach der Ausländerstatistik waren am Stichtag 5515 (5346) Ausländer – ohne Grenzgänger – erwerbstätig. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der erwerbstätigen Ausländer mit Wohnsitz in Liechtenstein um 169 Personen oder um 3,2 Prozent angestiegen, also deutlich mehr als die Gesamtzunahme ausmacht. Von den in Liechtenstein wohnhaften Ausländern arbeiten 629 (577) in der Schweiz.

Unter Beizug der Grenzgänger aus der Schweiz und Österreich erhöht sich die Zahl der erwerbstätigen Ausländer in Liechtenstein. Gesamthaft wurden Ende 1985 in Liechtenstein 4290 (3967) Zupendler aus Vorarlberg und der Schweiz ermittelt, so dass die Gesamtzahl 9176 (8736) erwerbstätige Ausländer beträgt. Im Vergleich zum Vorjahresstand hat

KOMMENTAR

Restriktive Zulassungspolitik – das war und ist das Schlagwort im Zusammenhang mit der Überfremdung in unserem Land. Nun hat die Zahl der Jahresaufenthalter und Niedergelassenen im vergangenen Jahr um einhalb Prozent zugenommen. Ist das nun das Ergebnis einer restriktiven Zulassungspolitik? Rein zahlenmässig nicht unbedingt, obschon in diesen Zahlen nicht nur die Neuzuzüger, sondern auch die Geburten hier wohnhafter Aus-

Verlagerung des Problems

länder mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung enthalten sind.

Doch die Wachstumsrate der ausländischen Wohnbevölkerung erhält eine etwas andere Dimension, wenn sie mit dem Wachstum der liechtensteinischen Bevölkerung verglichen wird. Der Zuwachs an Ausländern ist rund doppelt so hoch wie der langjährige Durchschnitt bei der liechtensteinischen Wohnbevölkerung.

Aufhorchen lässt auch eine andere Zahl: Die Zahl der Grenzgänger – aus der Schweiz und aus Österreich – stieg um 6,5 Prozent an. Die Zunahme der österreichischen Grenzgänger belief sich dabei auf 5,3 Prozent, während die Zuwachsrate der Grenzgänger aus der Schweiz um 13,5 Prozent anstieg.

Die liechtensteinische Wirtschaft braucht immer mehr Arbeitskräfte. Doch in unserem Land können sie nicht rekrutiert werden, womit nur der Rückgriff auf Arbeitnehmer in der schweizerischen oder österreichischen Nachbarschaft bleibt. Da nicht mehr jeder schweizerische Staatsbürger in unserem Land Wohnsitz nehmen kann, werden die schweizerischen Arbeitskräfte teilweise dicht an der Grenze «angesiedelt», womit sie zu Grenzgängern werden.

Doch damit ist das Problem nicht gelöst, nur verlagert. Die Überfremdung am Arbeitsplatz ist nach wie vor, gar in verstärktem Ausmass, vorhanden. (G. M.)

71 Frauen mit Karenzfrist

Seit dem 2. Juli 1984 gilt bei Verhehlung einer Ausländerin mit einem Liechtensteiner nicht mehr die automatische Aufnahme ins Bürgerrecht, sondern der Beginn der sogenannten Karenzfrist. Diese Ausländerinnen, die nach einer Wartezeit von einigen Jahren das liechtensteinische Gemeinde- und Landesbürgerrecht erhalten, werden seither von der Ausländerstatistik gesondert erfasst.

Die neueste Ausländerstatistik weist 71 Frauen mit Karenzfrist aus, wovon 22 erst seit 1985 in Liechtenstein wohnhaft sind, 17 Frauen seit 1984, 1 Frau seit 1983, 6 Frauen seit 1982 und 25 seit fünf oder mehr Jahren.

Im Jahre 1985 wurden 53 Eheschliessungen zwischen einem Liechtensteiner und einer Ausländerin registriert. Von diesen haben 26 die schweizerische, 18 die österreichische, 3 die deutsche und 6 eine andere Nationalität.

sich deren Zahl um 440 Personen oder um 5 Prozent erhöht.

Ausweichen auf Grenzgänger

Von den 4290 (3967) Zupendlern, deren Zahl sich innert Jahresfrist um 8,1 Prozent erhöhte, stammen 2718 (2582) aus Vorarlberg und 1572 (1385) aus der Schweiz. Bei den österreichischen Grenzgängern beläuft sich die Zuwachsrate auf 5,3 Prozent, während es bei den Pendlern aus der Schweiz 13,5 Prozent sind. Die liechtensteinische Wirtschaft, die jedes Jahr mehr Arbeitskräfte benötigt, rekrutiert ihr Personal aus der Nachbarschaft. Da eine relativ restriktive Zulassungspolitik betrieben wird, bleibt den Betrieben nur das Ausweichen auf Grenzgänger übrig.